

Harry Tzimitras/Ayla Gürel-Moran*

Die Aussichten auf Frieden in Zypern

Einführung

Die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen (VN) geführten Verhandlungen zur Lösung des „Zypernproblems“ dauern – mit Unterbrechungen – seit nunmehr 50 Jahren an. Die wichtigsten an diesem Prozess beteiligten Parteien sind die griechischen Zypriern und die türkischen Zypriern, die beiden konstituierenden Volksgruppen der 1960 gegründeten Republik Zypern. Die übrigen Parteien befinden sich außerhalb Zyperns: Griechenland, die Türkei und das Vereinigte Königreich – die sogenannten Garantmächte der Republik Zypern.¹

Das Ziel des von den VN geförderten Friedensprozesses in Zypern besteht seit 1977 darin, eine Lösung zu finden, die auf der Grundlage der Formel einer „bizonalen und bikommunalen Föderation“ zur „Wiedervereinigung“ der Insel führen soll. Doch auch nach nunmehr vier Jahrzehnten andauernder Gespräche ist noch immer keine Einigung über die Einzelheiten dieser Formel in Sicht. Die Grundidee der angestrebten Lösung, eine bizonale und bikommunale, aus zwei politisch gleichberechtigten Teilstaaten – einem griechisch-zyprischen und einem türkisch-zyprischen – bestehende Föderation, wurde 2014 in einer gemeinsamen Erklärung erneut bekräftigt.

Die jüngste Runde dieses mehrmals unterbrochenen und wiederaufgenommenen Unterfangens begann im Mai 2015; sie orientiert sich an der gemeinsamen Erklärung² und hielt zum Zeitpunkt der Niederschrift des vorliegenden Beitrags noch an. Als sie vor zwei Jahren begann, wurde sie – nicht zuletzt in diplomatischen Kreisen – als die größte Chance seit Langem bejubelt; viele glaubten sogar, dass eine Einigung binnen weniger Monate, sicher aber noch vor Ende 2016 erzielt werden könnte. Dies lag vor allem daran, dass die Gesprächspartner, der griechisch-zyprische Präsident Nicos Anastasiades und der damals neu gewählte Präsident der türkischen Zypriern Mustafa Akıncı, sich beide sehr für eine Lösung einzusetzen schienen – ein eher seltener Fall in der

* Der vorliegende Beitrag berücksichtigt die Ereignisse bis August 2017.

1 Der Garantievertrag ist eines der internationalen Abkommen, durch die die Republik Zypern gegründet wurde. Er erklärte Griechenland, die Türkei und das Vereinigte Königreich zu den Garantmächten der „Unabhängigkeit, territorialen Integrität und Sicherheit“ der Republik Zypern sowie der „in den grundlegenden Artikeln ihrer Verfassung festgelegten Sachverhalte“. Treaty of Guarantee. Signed at Nicosia on 16 August 1960, unter: [http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2016.nsf/FB80B3D87DE5A915C2257F95002BE30E/\\$file/The%20Treaty%20of%20Guarantee.pdf](http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2016.nsf/FB80B3D87DE5A915C2257F95002BE30E/$file/The%20Treaty%20of%20Guarantee.pdf) (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

2 Vgl. UN chief applauds resumption of „full-fledged“ talks on Cyprus, UN News, 15. Mai 2015, unter: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=50871#.WUzaRjOB1ok>.

langen Geschichte der Gespräche.³ Auch schienen beide Politiker ein ausgesprochen gutes Verhältnis zueinander zu haben. Ungewöhnlich war, dass viele griechische Zyprer Akıncı – zumindest anfangs – vertrauten, was vor allem an seinem Ruf lag, der Türkei die Stirn bieten zu können.⁴

Zwei Jahre später scheinen die Aussichten auf eine Einigung jedoch eher düster als günstig zu sein. Die Zeit läuft davon, und die griechisch-zyprische Seite ist durch den Beginn des Wahlkampfs für die Präsidentschaftswahlen im Februar 2018 mit anderen Themen beschäftigt. Zudem droht im Sommer 2017 eine Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und der Republik Zypern über die Erschließung von Öl- und Gasvorkommen vor der Küste Zyperns, falls sich an der derzeitigen Situation nichts ändert.

Zum Hintergrund des Konflikts

Ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einer Lösung in Zypern ist genau genommen begrifflicher Natur. Es ist ganz einfach die Tatsache, dass sich die Parteien nicht darüber einig sind, was das „Zypernproblem“ eigentlich ist. Folglich ist auch schwer zu sagen, wie das Problem gelöst werden könnte. Denn ohne Einigkeit darüber, was das Problem ist, kann wohl kaum von den Parteien erwartet werden, dass sie sich auf eine Lösung desselben einigen. Darüber, was in Zypern notwendig ist, sind sich offenbar alle einig: eine umfassende Lösung, die die Insel im Rahmen einer bikommunalen und bizonalen Föderation wiedervereinigen würde. Es könnte allerdings sein, dass diese vordergründig einvernehmliche Formel mehr verdeckt als erhellt. Um zu verstehen, worum es geht, müssen wir uns die Eigenart der Republik Zypern zum Zeitpunkt ihrer Gründung in Erinnerung rufen und uns ansehen, wie sich die Dinge seitdem entwickelt haben. Sodann müssen wir herausfinden, was nach Meinung der beteiligten Parteien am Status quo problematisch ist.

Im Jahr 1960 gab Großbritannien in Übereinstimmung mit mehreren internationalen Verträgen seine Hoheitsgewalt über die Insel auf.⁵ Diese wurde darauf-

3 Erwähnenswert ist jedoch, dass es 2008-2010 eine vergleichbare Situation gab, als die griechisch-zyprische Volksgruppe von Demetris Christofias, dem Vorsitzenden einer Partei, die besonderen Nachdruck auf eine Wiederannäherung legte, und die türkisch-zyprische Volksgruppe von Mehmet Ali Talat, der ähnliche Vorstellungen hatte, vertreten wurden. Damals war man der Ansicht, dass in weniger als einem Jahr ein Übereinkommen abgeschlossen werden könnte, was insbesondere von Talat geäußert wurde.

4 Vgl. Umut Bozkurt, Yes we can? Mustafa Akıncı and a new hope for Cyprus, openDemocracy, 30. April 2015, unter: <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/umut-bozkurt/yes-we-can-mustafa-akinci-and-new-hope-for-cyprus>; Evie Andreou, Muddled signals on talks from Akıncı victory, in: CyprusMail Online, 27. April 2015, unter: <http://cyprus-mail.com/2015/04/27/muddled-signals-on-talks-from-akinci-victory>.

5 Die Verträge wurden zwischen dem Vereinigten Königreich, Griechenland und der Türkei ausgehandelt und haben den Zypern im Grunde die Unabhängigkeit aufgedrängt. Damals stellte dies einen Kompromiss zwischen dem griechisch-zyprischen Streben nach *Enosis* (der politischen Vereinigung mit Griechenland) und der türkisch-zyprischen Gegenforderung nach *Taksim* (der Aufteilung der Insel zwischen Griechenland und der Türkei) dar.

hin zur unabhängigen Republik Zypern, einer „bikommunalen“ Konkordanzdemokratie, deren Verfassung die Teilung der Macht zwischen griechischen und türkischen Zyprern vorsieht. Diese Konstruktion hielt jedoch nur wenige Jahre. Sie brach relativ schnell zusammen, als es Ende 1963 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen kam, die dazu führten, dass die griechischen Zyprer die alleinige Führung des Staates übernahmen.⁶ Trotz nunmehr fehlender türkisch-zyprischer Beteiligung beharrten die griechischen Zyprer darauf, dass ihre Regierung die rechtmäßige Regierung der Republik sei.⁷ Im Laufe der Zeit wurde die griechisch-zyprische Regierung international als die legitime Regierung der Republik Zypern anerkannt. Unterdessen hatte sich der größte Teil der türkischen Zyprer in bewachte Enklaven zurückgezogen, wo sie bis 1974 blieben und ihre Angelegenheiten selbst verwalteten.⁸

Im Juli 1974 zettelte die Militärjunta in Griechenland einen Putsch griechischer und griechisch-zyprischer Streitkräfte gegen die Regierung des griechisch-zyprischen Präsidenten Erzbischof Makarios III. an mit dem Ziel, die Vereinigung mit Griechenland (*Enosis*) herbeizuführen. Fünf Tage später startete die Türkei unter Berufung auf den Garantievertrag eine militärische Intervention⁹ und teilte die Insel, nachdem Verhandlungen über eine Einigung gescheitert waren, schließlich auf. In der Folge wurde die seit 1964 bestehende Parallelverwaltung der türkischen Zyprer zur Regierung des nördlichen Teils der Insel. 1983 erklärte die türkisch-zyprische Seite einseitig ihre Unabhängigkeit und gründete die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ).¹⁰

6 Vgl. Keith Kyle, *Cyprus: In Search of Peace*, London 1997, S. 5-15; Richard Patrick, *Political Geography and the Cyprus Conflict: 1963-1971*, Waterloo, Ontario, 1976, S. 45-88.

7 Dieser Anspruch beruhte auf der „Doktrin der Notwendigkeit“. Sie wurde erstmals 1964 in einem Verfahren herangezogen, in dem der Oberste Gerichtshof den Begriff des „Staatsnotstands“ verwendete, um seine Zuständigkeit für die Verhandlung des Falles trotz der Abwesenheit eines türkisch-zyprischen Richters, dessen Anwesenheit die Verfassung vorschreibt, zu rechtfertigen. Das Gericht verteidigte auch die Aussetzung oder Nichtanwendbarkeit einiger Verfassungsbestimmungen, was wiederum die Fortsetzung der Arbeit der Staatsorgane, die ausschließlich mit griechischen Zyprern besetzt waren, ermöglichte. Ausführlich hierzu: Alecos Markides, *The Republic of Cyprus*, in Constantijn Kortmann/Joseph Fleuren/Wim Voermans (Hrsg.), *Constitutional Law of 10 EU Member States: The 2004 Enlargement*, Deventer 2006; Murat Metin Hakkı, *The Cyprus Issue: A Documentary History, 1878-2007*, London 2007, Kapitel 15.

8 Vgl. James Ker-Lindsay, *The Cyprus Problem: What Everyone Needs to Know*, Oxford 2011.

9 Die Türkei und die türkischen Zyprer bezeichnen dieses Vorgehen im Allgemeinen als „Friedensoperation“, wohingegen die griechischen Zyprer und der größte Teil der internationalen Gemeinschaft es als „Invasion“ betrachten.

10 Hierbei handelte es sich insofern um eine etwas ungewöhnliche Staatsausrufung, als sie auch das Bestreben bekräftigte, eine Föderation mit der griechisch-zyprischen Seite zu schaffen. In seiner Rede vor dem VN-Sicherheitsrat am 18. November 1983 betonte der türkisch-zyprische Präsident Rauf Denktaş, dass sich die türkischen Zyprer mit der Ausrufung der TRNZ „nicht von der Republik Zypern abtrennen oder abtrennen werden, wenn uns die Chance gegeben wird, ein bizonales föderales System wiederherzustellen“. Rauf Denktaş at the United Nations: *Speeches on Cyprus*, herausgegeben mit einer Einleitung von Michael Moran, The Eothen Press, Huntington 1997

Die Teilung Zyperns ist bis heute „ungelöst“. Der nördliche Teil der Insel – etwa ein Drittel des Territoriums der ursprünglichen Republik – wird von der selbsternannten TRNZ kontrolliert, einem *De-facto*-Staat,¹¹ der nur von der Türkei unterstützt und anerkannt wird. Eine von den VN kontrollierte Pufferzone trennt ihn von dem von den griechischen Zypriern kontrollierten südlichen Teil bzw. den „Gebieten, die sich unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern“ befinden, wie es von der internationalen Gemeinschaft formuliert wird. Mit anderen Worten: Obwohl die Regierung im Süden ausschließlich aus griechischen Zypriern besteht, erkennt die internationale Gemeinschaft sie als Repräsentantin der Republik Zypern an, bezeichnet sie oftmals als „Regierung Zyperns“ und behandelt den Süden als einzigen legitimen Staat auf der Insel. Die türkischen Zypriern und die Türkei beharren hingegen darauf, dass es seit dem Ende der ursprünglichen bikommunalen Regierung der Republik Zypern 1963/1964 auf der Insel keine einzige Instanz gibt, die verfassungsrechtlich oder faktisch berechtigt ist, Zypern als Ganzes, d.h. sowohl die griechischen als auch die türkischen Zypriern, zu vertreten.

Die Suche nach einer Lösung: vor 2004

Von 1964 bis 1968 versuchten die VN, die Situation in Zypern auf dem Wege der Vermittlung zu lösen, was jedoch scheiterte. 1968 begannen interkommunale Verhandlungen im Rahmen Guter Dienste des VN-Generalsekretärs, die bis zu ihrer Unterbrechung durch die Ereignisse von 1974 fortgesetzt wurden. 1975 wurden die interkommunalen Gespräche unter der Schirmherrschaft der VN wiederaufgenommen. Seitdem fanden zahlreiche Verhandlungsrunden statt, ohne jedoch zu Ergebnissen zu führen.

2004 schien eine Lösung zum Greifen nahe. Die Grundlage dafür war ein von den VN ausgearbeiteter Plan, der die Positionen der Parteien und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen berücksichtigte. Der „Annan-Plan“ (benannt nach dem damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan) wurde vom größten Teil der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von der EU und den USA, nachdrücklich unterstützt. Wäre er von beiden Seiten akzeptiert worden, wäre Zypern als bizonale Föderation mit einer bikommunalen föderalen Regierung und zwei politisch gleichberechtigten Teilstaaten, einem griechisch-zyprischen und einem türkisch-zyprischen, wiedervereint worden, bevor es der EU beigetreten wäre. In zwei getrennten Referenden, die im April 2004 durchgeführt wurden, wurde der Annan-Plan von einer großen Mehrheit der griechischen Zypriern (76 Prozent) abgelehnt, von der Mehrheit (65 Prozent) der türkischen Zypriern hingegen gebilligt. Da eine Einigung jedoch keine Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft war, nahm die EU im Mai 2004 – nach Beitrittsverhandlungen mit den griechischen Zypriern, die formell im Namen der

11 Vgl. Scott Pegg, *De Facto States in the International System*, Institute of International Relations, The University of British Columbia, Working Paper Nr. 21, 1998.

gesamten Insel handelten – ein gespaltenes Zypern offiziell als Mitglied in die EU auf. In Nordzypern ist die Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU ausgesetzt. Dieser Bereich der Insel wird im Sprachgebrauch der EU als „die Teile der Republik Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt“,¹² bezeichnet.

Die Suche nach einer Lösung: nach 2004

Auf das Scheitern des Annan-Plans folgten mehrere Jahre ohne einen echten Dialog, bis der Prozess im Frühjahr 2008 wiederbelebt wurde. Dieses Mal gab es jedoch einen wichtigen Unterschied: Die Verantwortung für den Prozess und seine Leitung sollten in den Händen der Zypriern liegen. Dies war im Wesentlichen eine Forderung der griechisch-zyprischen Seite gewesen und spiegelte die unter den griechischen Zypriern weitverbreitete Ansicht wider, dass der Annan-Plan den Zypriern im Grunde genommen von der (westlichen) internationalen Gemeinschaft aufgezwungen worden wäre und daher auch nicht wiederbelebt werden sollte. Dieser Grundsatz gilt auch noch für die aktuellen Verhandlungen. Der heutige Sonderberater des VN-Generalsekretärs für Zypern, Espen Barth Eide, beschreibt die Situation folgendermaßen: „Der Prozess wird von den Zypriern und ihren Führern geleitet. Meine Rolle besteht darin, ihn zu erleichtern, aber wir [die Vereinten Nationen] machen keine eigenen Vorschläge. Jedes einzelne Wort wird von den beteiligten Seiten verfasst und vereinbart.“¹³ Die Phase nach 2004 ist auch davon geprägt, dass die griechisch-zyprische Seite einen festen Zeitrahmen ablehnt und darauf besteht, dass die Gespräche zeitlich unbegrenzt sind.¹⁴

Ein weiterer Unterschied zwischen den laufenden Verhandlungen und den vorangegangenen Runden besteht darin, dass der Vertreter der griechisch-zyprischen Volksgruppe nun auch Staatsoberhaupt eines EU-Mitgliedstaates ist. Darüber hinaus ist die Erschließung von Öl- und Gasvorkommen vor der Küste Zyperns seit 2008 ein neuer Streitpunkt, der die Gespräche zum Scheitern bringen könnte.

-
- 12 Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge – Protokoll Nr. 10 über Zypern, Dokument 12003T/PRO/10, Amtsblatt Nr. L 236 vom 23/09/2003 S. 0955-0955, unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12003T/PRO/10&from=EN>.
- 13 Zitiert in: Paul Taylor, Cyprus leaders to make joint Davos appeal for peace, in: Kathimerini, 20. Januar 2016, unter: <http://www.ekathimerini.com/205222/article/ekathimerini/news/cyprus-leaders-to-make-joint-davos-appeal-for-peace>.
- 14 Vgl. Kerin Hope, UN envoy focuses on progress in unification talks, in: Financial Times, 9. November 2011, at: <https://www.ft.com/content/102d209a-cd14-11de-a748-00144feabdc0>; Michele Kambas/Tom Miles, Cyprus leaders seek deal in „historic opportunity“ for peace, Reuters, 9. Januar 2017, unter: <http://www.reuters.com/article/us-cyprus-conflict-idUSKBN14T0B6?il=0>.

Im Juni 2017 hatten die Verhandlungen noch zu keiner umfassenden Konfliktlösung geführt. Es war bis dahin zu mehreren Unterbrechungen gekommen, die entweder auf Wahlen auf einer der beiden Seiten oder auf Beschwerden der einen Seite über die andere zurückzuführen waren. Es überrascht nicht, dass diese Beschwerden – wie schon in vorherigen Verhandlungen – in der Regel mit den unterschiedlichen Auffassungen der Parteien darüber, worin das Zypernproblem überhaupt besteht, und mit ihrer Einschätzung des Status quo zusammenhängen. Konkret geht es dabei um das sogenannte „Souveränitätsproblem“, das auf Fragen wie diese hinausläuft: Wo ist die Souveränität, mit der die ursprüngliche bikommunale Republik zur Zeit der Unabhängigkeit ausgestattet war, derzeit im geteilten Zypern zu verorten? Wie soll der zukünftige Status nach der Beilegung des Konflikts zustande kommen? Oder anders gesagt: Wie soll der gegenwärtige *De-facto*-Zustand mit zwei Regierungen in eine Föderation mit zwei Teilstaaten umgewandelt werden?

Im Frühjahr 2012 wurden die Gespräche auf Eis gelegt, hauptsächlich deshalb, weil die türkisch-zyprische Seite über die bevorstehende EU-Präsidentschaft der Republik Zypern verärgert war und darauf bestand, dass die Gespräche vor Beginn der Ratspräsidentschaft abgeschlossen sein sollten, während die griechisch-zyprische Seite dieses Gefühl der Dringlichkeit offensichtlich nicht teilte. Die türkischen Zypriern waren davon überzeugt, dass die EU-Präsidentschaft den Souveränitätsansprüchen der griechisch-zyprischen Seite weiteren Auftrieb geben würde. Eine solche Anerkennung dämpfe ihrer Meinung nach das Interesse der griechisch-zyprischen Seite an einer Lösung, wie sie im laufenden Prozess angestrebt wird, und entkräfte gleichzeitig den Grundsatz, dass beide an den Verhandlungen beteiligten Seiten politisch gleichwertig sind.¹⁵ Nach dieser Unterbrechung bedurfte es fast zweier Jahre, einer Präsidentschaftswahl (auf griechisch-zyprischer Seite) und einer Einigung auf eine gemeinsame Erklärung, bis die Gespräche wieder aufgenommen werden konnten,¹⁶ um dann sieben Monate später doch wieder zum Erliegen zu kommen. Der Grund dafür war diesmal eine Kontroverse zwischen den griechischen Zypriern auf der einen und den türkischen Zypriern und der Türkei auf der anderen Seite über die Erschließung von Öl- und Gaslagerstätten vor der Küste

15 Vgl. TRNC calls unjust Greek Cypriot EU term presidency „absurd“, Turkish News Agency (TAK), 23. Februar 2012.

16 Vgl. Jean Christou, Joint Declaration: final version as agreed between the two leaders, in: CyprusMail Online, 11. Februar 2014, unter: <http://cyprus-mail.com/2014/02/11/joint-declaration-final-version-as-agreed-between-the-two-leaders>. Dieser Punkt wurde nach schwierigen und langwierigen Diskussionen mit Hilfe intensiver diplomatischer Bemühungen von amerikanischer Seite erreicht. Auch hier waren die Differenzen zwischen den Parteien in der Frage der Souveränität das Hauptproblem. Vgl. Elias Hazou, Anastasiades: gas crucial to US role in talks, in: CyprusMail Online, 18. Februar 2014, unter: <http://cyprus-mail.com/2014/02/18/anastasiades-gas-crucial-to-us-role-in-talks>; Security Council Report, January 2014 Monthly Forecast: Cyprus, 20. Dezember 2013, unter: http://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2014-01/cyprus_3.php.

Zyperns.¹⁷ Als im September 2014 mit den von der Republik Zypern genehmigten Probebohrungen begonnen wurde, protestierte die türkisch-zyprische Seite und drohte – in Absprache mit der Türkei – mit Gegenmaßnahmen. Die Türkei gab daraufhin (über das Navtex-System) eine Navigationswarnung heraus, in der Meeresgebiete südlich der Insel für seismische Untersuchungen ausgewiesen wurden, die von der staatlichen türkischen Ölgesellschaft TPAO gemäß 2011 von der TRNZ erteilten Lizenzen durchgeführt werden sollten.¹⁸ Die griechisch-zyprische Seite reagierte darauf, indem sie die Aussetzung ihrer Teilnahme an den Verhandlungen ankündigte.¹⁹ Die Krise entspannte sich erst wieder, als das vom italienischen Energiekonzern Eni betriebene Bohrschiff das Gebiet verließ, nachdem es „keine förderbaren Öl- und Gasvorkommen“ gefunden hatte. Gleichzeitig lief die zweite Navtex-Warnung der Türkei aus und das TPAO-Vermessungsschiff verließ die zyprischen Gewässer.²⁰ Diese Krise, die von Oktober 2014 bis April 2015 anhielt, hing letztlich wieder mit der Frage der Souveränität und den Vorstellungen der Beteiligten darüber zusammen, was in Zypern politisch auf dem Spiel steht.²¹

Die jüngste Initiative

Die Präsidentschaftswahlen im Norden – die zeitlich mit dem Ende der letzten Öl- und Gaskrise zusammenfielen – waren der Anlass für einen ausgesprochen

-
- 17 Vgl. Ayla Gürel/Fiona Mullen/Harry Tzimitras, *The Cyprus Hydrocarbons Issue: Context, Positions and Future Scenarios*, PRIO Cyprus Centre Report 1/2013, Kapitel 5.
- 18 Vgl. Turkey trespasses for fourth time since hydrocarbons discovered, in: *CyprusMail Online*, 21. Oktober 2014, unter: <http://cyprus-mail.com/2014/10/21/turkey-trespases-for-fourth-time-since-hydrocarbons-discovered>.
- 19 Vgl. Jean Christou, *President says: I had no other choice*, in: *CyprusMail Online*, 7. Oktober 2014, unter: <http://cyprus-mail.com/2014/10/07/president-says-i-had-no-other-choice>.
- 20 Vgl. Michele Kambas, *U.N. Cyprus envoy says sees no obstacle to new peace talks*, *Reuters*, 7. April 2015, unter: <http://www.reuters.com/article/us-cyprus-un-talks-idUSKBN0MY12J20150407>.
- 21 Kurz zusammengefasst: Die griechisch-zyprische Seite beharrt darauf, dass sie als die legitime Regierung der Republik Zypern allein über das souveräne Recht verfügt, die natürlichen Ressourcen in Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone zu erschließen und zu nutzen und dass dies weder von einer Einigung abhängig noch eine bikommunale Angelegenheit sei. Sie akzeptiert – ebenso wie die internationale Gemeinschaft –, dass die küstennahen Energieressourcen der Insel beiden Volksgruppen gehören. Doch würde die Republik bis zu einer Wiedervereinigung nicht auf die Ausübung ihrer souveränen Rechte verzichten. Die türkischen Zyprer hingegen würden nur im Rahmen eines vereinigten Zyperns in den Genuss ihres Anteils an den Einnahmen kommen. Wie bereits erwähnt, weisen die türkischen Zyprer und mit ihnen die Türkei die Auffassung der griechischen Zyprer und der internationalen Gemeinschaft vom gegenwärtigen Status quo in Zypern zurück. Sie argumentieren, dass die griechischen Zyprer die Republik Zypern nicht allein rechtmäßig vertreten können, da dies der Verfassung widerspreche. Infolgedessen lehnen sie auch die Aktivitäten der griechischen Zyprer zur Erschließung von Öl- und Gasvorkommen vor der Küste Zyperns ab, zu denen auch die Ausübung von Hoheitsrechten über natürliche Ressourcen gehören, die beide Volksgruppen gemeinsam besitzen. Ausführlicher hierzu: Ayla Gürel, *Offshore Gas: An Anticatalyst in Efforts to Reunify Cyprus*, in: Jonathan Warner/David W. Lovell/Michalis Kontos (Hrsg.), *Contemporary Social and Political Aspects of the Cyprus Problem*, Newcastle upon Tyne 2006, S. 58-89.

optimistischen, beinahe schon euphorischen Beginn der jüngsten Gespräche. Anfangs schienen die Verhandlungsführer der beiden Seiten, Nicos Anastasiades und Mustafa Akinci, entschlossen, rasch zu einer Einigung zu gelangen, und teilten anscheinend sogar die Auffassung, dass sie die letzte Chance zur Wiedervereinigung der geteilten Insel repräsentierten.²²

In dieser jüngsten Gesprächsrunde verhandeln die Parteien gemäß der gemeinsamen Erklärung von 2014²³ erneut über eine umfassende Lösung, die auf einer bikommunalen, bizonalen Föderation beruht, die aus zwei gleichberechtigten Teilstaaten besteht. Diese Lösung würde ein „vereintes Zypern“ mit „einer einzigen internationalen Rechtspersönlichkeit“ und „einer einzigen Souveränität“, die „gleichermaßen von griechischen Zypern und türkischen Zypern“ ausgeht, schaffen. Die zu lösenden „Kernfragen“ betreffen *Governance* und Machtteilung (wozu auch die komplexen Fragen der Staatsbürgerschaft, der Einwanderung und des Wohnsitzes gehören), die Wirtschaft, EU-Angelegenheiten, Gebiets- und Eigentumsfragen sowie Sicherheits- und Garantiefragen. Bis ungefähr Oktober 2016 sprachen beide Seiten immer wieder von der Dringlichkeit, eine Lösung zu finden, und äußerten sich optimistisch über die Chancen für ein Abkommen über die Wiedervereinigung. Dass beide Seiten gleichermaßen zielorientiert waren, spiegelte sich in der bis zu diesem Zeitpunkt an den Tag gelegten Entschlossenheit wider, auf das übliche Spiel der Schuldzuweisungen zu verzichten und sich darauf zu konzentrieren, die Dynamik des Prozesses aufrechtzuerhalten. Mehreren Erklärungen der beiden Präsidenten zufolge – und auch den Berichten der VN nach zu urteilen – waren die Fortschritte, die die Parteien bis Oktober 2016 bei der Überbrückung ihrer Differenzen bei den Themen *Governance* und Machtteilung sowie EU-Angelegenheiten und Wirtschaft erzielt hatten, beispiellos. Jedoch musste diese optimistische, wenn auch wenig konkrete Beschreibung der bis dahin erreichten Ergebnisse gegen das abgewogen werden, was in den kommenden Monaten noch zu tun war.

So war z.B. ein wichtiges noch verbliebenes Problem im Bereich *Governance* und Machtteilung die Frage, ob die Präsidentschaft eines vereinten Zyperns zwischen den beiden Volksgruppen turnusmäßig wechseln sollte. Die türkisch-zyprische Seite betrachtet eine solche rotierende Präsidentschaft als Voraussetzung für politische Gleichberechtigung. Die griechisch-zyprische Seite teilt diese Meinung nicht.²⁴

-
- 22 Vgl. Sara Stefanini, „Best chance Cyprus has had for peace“, Politico, 31. März 2016, unter: <http://www.politico.eu/article/cyprus-reunification-peace-nicos-anastasiades-mustafa-akinci>.
- 23 Vgl. 11 February 2014 Joint Declaration on Cyprus, UN Cyprus Talks, News, unter: <http://www.uncyprustalks.org/11-february-2014-joint-declaration-on-cyprus>.
- 24 Vgl. Sara Stefanini, Cyprus, the endgame, Politico, 9. Januar 2017, aktualisiert am 12. Januar 2017, unter: <http://www.politico.eu/article/cyprus-news-standoff-talks-reunification-turkey-greece-anastasiades>; Rotating presidency and political equality „different things“ Anastasiades said, in: CyprusMail Online, 26. Februar 2017, unter: <http://cyprus-mail.com/2017/02/26/rotating-presidency-political-equality-different-things-anastasiades-said>; Akinci: Ongoing Cyprus talks „the last chance“ for solution, SigmaLive, 6. März 2016,

Die Eigentumsfrage, die die Rechte vertriebener Zypriern und damit zusammenhängende Probleme betrifft, blieb umstritten, obwohl sie ausführlich diskutiert worden war. Die wesentlichen Streitfragen hingen in der Regel mit dem Ausgleich zwischen den Rechten und Interessen enteigneter Eigentümer und denjenigen der gegenwärtigen Nutzer zusammen sowie mit der unterschiedlichen Auslegung des Prinzips der Bizonalität und deren Implikationen für die Regelung der Eigentumsfrage.

Bis Oktober 2016 waren zwei zentrale Fragen noch nicht angesprochen worden: die sensible Frage des Hoheitsgebiets und das besonders heikle Thema Sicherheit und Garantien. Bei ersterer geht es um eine Anpassung des Gebiets, das derzeit von der türkisch-zyprischen Seite kontrolliert wird, von dem jedoch ein Teil griechisch-zyprischer Kontrolle unterstellt werden soll. Das Thema Sicherheit und Garantien wurde bewusst bis zum Ende der Verhandlungen aufgehoben, da darüber erst dann ernsthaft diskutiert werden soll, wenn die Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen beigelegt sind. Die Unvereinbarkeit der Positionen der Parteien zu dieser äußerst kontroversen Frage ist bekannt: Die griechisch-zyprische Seite verlangt das Ende des Garantiesystems von 1960, die türkisch-zyprische Seite will es hingegen in irgendeiner Form beibehalten, bei der auf jeden Fall die Rolle der Türkei als Garantiemacht bestehen bliebe. Im Übrigen scheint die Türkei diese Rolle auch nicht aufgeben zu wollen.²⁵

Im November 2016 kamen erstmals Zweifel an der Zukunft der Verhandlungen auf. In diesem Monat wurden die Verhandlungen nach Mont Pèlerin in der Schweiz verlegt, damit die Parteien ihre Gespräche auf einem Terrain aufnehmen konnten, auf dem nicht die Gefahr eines Durchsickerns an die Presse oder wenig hilfreicher Spekulationen bestand. Ziel war es laut einer Erklärung der VN, genügend Fortschritte bei der Annäherung an die „Kriterien“ für eine Gebietsanpassung zu machen, die „den Weg für die letzte Phase der Gespräche geebnet hätten“.²⁶ Letztere wurde als eine Art erweiterter, sich auf alle Themenbereiche erstreckender Gespräche verstanden, einschließlich der Diskussion mit den Garantiemächten über Sicherheits- und Garantiefragen, in der sämtliche verbliebenen Streitpunkte geklärt werden sollten. Die Gespräche endeten jedoch ergebnislos, d.h. ohne einen Fahrplan für eine endgültige Lösung des Zypernproblems.

unter: <http://www.sigmalive.com/en/news/politics/142488/akinci-ongoing-cyprus-talks-quotthe-last-chancequot-for-solution>.

- 25 Vgl. Akinci draws „red line“ over Cyprus security guarantees, in: Famagusta Gazette, 7. März 2016, unter: <http://famagusta-gazette.com/akinci-draws-red-line-over-cyprus-security-guarantees-p32844-69.htm>; Turkish Cypriot security „critical for Ankara“ says Cavusoglu (aktualisiert), in: CyprusMail Online, 28. Februar 2016, unter: <http://cyprus-mail.com/2016/02/28/turkish-cypriot-security-critical-for-ankara-says-cavusoglu>.
- 26 Zitiert in: Jean Christou, No deal on territory, talks deadlocked (Update 7), in: CyprusMail Online, 22. November 2016, unter: <http://cyprus-mail.com/2016/11/22/leaders-due-wrap-mont-pelerin-talks-late-monday>.

In dem Bestreben, den Prozess voranzutreiben und auf den Weg zu einer Lösung – hoffentlich noch in der ersten Hälfte des Jahres 2017 – zu bringen, überzeugten die VN die Parteien davon, sich erneut zu treffen, dieses Mal in Genf. Man hoffte, in allen Kernfragen Wege aus der Sackgasse zu finden. Den ersten Teil der Gespräche bildete ein zweitägiges Treffen der beiden zyprischen Volksgruppenführer, das am 10. und 11. Januar stattfand. Darauf folgte die multilaterale „Zypern-Konferenz“ zur Erörterung der Sicherheitsfrage. An der Konferenz, die am 12. Januar begann, nahmen neben den beiden zyprischen Delegationen auch die Delegationen der Garantmächte und der EU (als Beobachter) teil. Da es zuvor kaum Vorbereitungen gegeben hatte, wurde allen Teilnehmern schnell klar, dass es wenig sinnvoll war, mit der Konferenz fortzufahren. Die Gespräche endeten ohne eine Einigung, jedoch sollten sich die offiziellen Vertreter der fünf beteiligten Parteien am 18. Januar erneut zur Erörterung der Sicherheitsfrage treffen, bevor es zu einem weiteren „letzten Versuch“ auf hoher Ebene käme, eine Einigung zu erzielen.

Im Februar zerstritten sich die beiden zyprischen Führer jedoch über den Beschluss des griechisch-zyprischen Parlaments, an den öffentlichen Schulen einen Gedenktag für die *Enosis*-Volksabstimmung von 1950 einzuführen.²⁷ Dies führte zur Aussetzung der Gespräche für mindestens zwei Monate. Als sie schließlich wiederaufgenommen wurden, entstand weithin der Eindruck, dass sie wenig Aussicht auf Erfolg hatten.

Was war schiefgelaufen? Trotz der Bemühungen aller Beteiligten, einschließlich der Verhandlungsführer und der internationalen Vermittler, war es schlicht und einfach so, dass die Parteien zu weit voneinander entfernt waren. Auch wenn deutlich mehr Fortschritte erzielt wurden als in früheren Gesprächsrunden, gab es in allen Verhandlungsbereichen doch noch zu viele Fragen, bei denen die beiden zyprischen Seiten und die Garantmächte Griechenland und die Türkei diametral entgegengesetzte Ansichten vertraten. Darüber hinaus gab es in den politischen Eliten beider Volksgruppen auch schwerwiegende interne Meinungsverschiedenheiten, die es den Führern erschwerten, starke und realistische Verhandlungspositionen einzunehmen. Dies wurde durch die anstehenden Wahlen noch verschärft.²⁸ Und schließlich war es aufgrund der starren Haltung beider Volksgruppen und der Tatsache, dass sie nicht ausreichend auf die für eine Einigung notwendigen Kompromisse vorbereitet worden waren, höchst unwahrscheinlich, dass ein Lösungsvorschlag, so wie er in den Gesprächen ausgehandelt worden war, in den gleichzeitig durchzuführenden Referenden Zustimmung finden würde.

Trotz all dieser Herausforderungen wurden nach einer zweimonatigen Pause auf Betreiben des Sonderberaters des VN-Generalsekretärs Espen Barth Eide

27 Vgl. Angelos Anastasiou, Talks impasse after Akinci refuses to attend (Update 4), in: CyprusMail Online, 22. Februar 2017, unter: <http://cyprus-mail.com/2017/02/22/leaders-meeting-called-off>.

28 Die Präsidentschaftswahlen in der Republik Zypern sind für Februar 2018 geplant, die Parlamentswahlen im türkisch-zyprischen Teil sollen in den ersten sechs Monaten desselben Jahres stattfinden.

erneute Anstrengungen unternommen, die in der jüngsten internationalen Zypern-Konferenz, die Ende Juni und Anfang Juli 2017 im Schweizer Crans-Montana stattfand, ihren Höhepunkt fanden. Optimistische Teilnehmer und Beobachter setzten auf das persönliche, konstruktive Engagement des VN-Generalsekretärs und die intensive Pendeldemokratie seines Sonderberaters und verwiesen dabei auf die wichtigen bislang erzielten Fortschritte, die einfach nicht ignoriert werden konnten und durften. Dies löste eine neue Welle der Euphorie aus und weckte den Glauben daran, dass eine endgültige Einigung erzielt werden konnte. Kritiker betonten dagegen, dass die verbleibenden Hindernisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung für eine rasche Lösung schlichtweg zu groß seien. Sie argumentierten, dass die bestehenden Übereinstimmungen nicht ausreichten, um einen übertriebenen Enthusiasmus zu rechtfertigen, und wiesen auf die erheblichen Änderungen hin, die sich hinsichtlich des Zeitplans, der örtlichen Gegebenheiten und der regionalen und internationalen Rahmenbedingungen, in deren Kontext die Zypernfrage gelöst werden musste, ergeben hatten.

Zusätzlich zu den genannten Problemen schien nun auch die Chance, die es vielleicht bis 2016 gegeben hat, vertan zu sein. Auf lokaler Ebene werden die anstehenden Wahlen die politischen Prioritäten und Möglichkeiten für alle Beteiligten verändern. Auf regionaler Ebene haben die veränderten Rahmenbedingungen und Ungewissheiten, einschließlich des politischen und militärischen Gleichgewichts, dazu geführt, dass mehrere globale Akteure, die an einer Änderung des gegenwärtigen Status quo interessiert oder beteiligt sind, skeptischer geworden sind. Darüber hinaus haben die innenpolitischen Schwierigkeiten in der Türkei, die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sowie regionale Probleme wie z.B. Migration vielleicht nicht direkt etwas mit der Zypernfrage zu tun, wirken sich aber zweifellos auf diese aus.

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben den Einfluss der EU in der Türkei geschwächt und die Anreize für Ankara, eine Lösung auszuhandeln, die den EU-Beitrittsprozess erleichtern würde, reduziert. Regionale Sicherheits Herausforderungen haben außerdem dazu geführt, dass die Türkei einen militärischen Rückzug von dem strategischen Vorposten Zypern weniger wohlwollend in Betracht zieht. Diese Faktoren haben in Kombination mit dem geringer gewordenen Interesse der Türkei an den potenziellen Energiereserven des östlichen Mittelmeers, das auf die Situation auf dem globalen Gasmarkt sowie ihr eigenes Energiediversifizierungsprogramm zurückzuführen ist, Ankaras Motivation, über eine Lösung für die Zypernfrage zu verhandeln, weiter verringert.

Gleichzeitig kam es auch auf der anderen Seite des Atlantiks zu drastischen Veränderungen. Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten – eines Landes, das die Wiedervereinigungsbemühungen stets maßgeblich unterstützt und mehrere wichtige Initiativen forciert hat – kam zu einem für die Bemühungen um eine Lösung entscheidenden Zeitpunkt. Allein

die Tatsache der Veränderung schuf in einem kritischen Moment ein menschliches und politisches Vakuum. Der Wegfall wichtiger Schlüsselfiguren, die persönlich in den Prozess involviert waren, wie Vizepräsident Joe Biden und Außenminister John Kerry, nahm dem Prozess den Wind aus den Segeln und ermöglichte die Eskalation von Differenzen, die ansonsten gut in den Griff zu bekommen gewesen wären. Auch viele Monate nach dem Antritt der Trump-Regierung sind einige wichtige Positionen noch nicht besetzt. Das offensichtlich nachlassende Interesse der Regierung an der Region schmälert die Aussichten auf eine Lösung erheblich. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass der Einfluss der USA auf die Türkei aufgrund mehrerer regionaler und internationaler Entwicklungen ebenfalls einen historischen Tiefpunkt erreicht hat.

Für eine Beurteilung der Crans-Montana-Konferenz ist es noch zu früh. Auch wenn unmittelbar nach dem Scheitern der Konferenz die – üblichen und zu erwartenden – Schuldzuweisungen begonnen haben, muss der Inhalt dessen, was diskutiert und vor allem was akzeptiert oder abgelehnt wurde, erst noch bewertet werden. Es können jedoch bereits einige vorläufige Schlüsse hinsichtlich der prinzipiellen Wahrscheinlichkeit einer Einigung sowie einiger grundlegender Parameter, die die Aussichten auf eine solche endgültige Lösung bestimmen, gezogen werden.

Selbst wenn die – verfrühte – internationale Zypern-Konferenz in Crans-Montana erfolgreich gewesen wäre, wäre dies nicht auf eine sofortige und automatische Lösung der Zypernfrage hinausgelaufen. Es hätte lediglich die Überwindung eines ersten Hindernisses bedeutet. Die nächsten beiden Herausforderungen wären immer noch die Akzeptanz der vorgeschlagenen Lösung in zwei Referenden sowie deren langfristige Tragfähigkeit. Beides ist keine Selbstverständlichkeit. Auch darf nicht vergessen werden, dass zwar alle Seiten stets beteuert haben, eine Lösung finden zu wollen, diese jedoch offenbar unterschiedlich definiert haben: Wenn beide Seiten die fast vollständige Kapitulation der jeweils anderen als Voraussetzung für ihre eigene vorgeschlagene Lösung verlangen, sind solche Beteuerungen wertlos, da jeder Vorschlag, der als Ergebnis eines Nullsummenspiels verstanden wird, in parallelen Referenden unweigerlich scheitern würde.²⁹

Selbst wenn die Türkei dem Truppenabzug zugestimmt hätte – worüber die türkischen Zyperer höchst beunruhigt gewesen wären –, hätte dies keinesfalls das Ende des türkischen Engagements in Zypern bedeutet. Die Türkei hat vielleicht kein Interesse mehr daran, ihre militärische Präsenz in Zypern auf dem bisherigen Niveau aufrechtzuerhalten, ihr Wunsch nach der Fortsetzung ihrer politischen Einbindung steht jedoch außer Frage. Gleichzeitig ist es äußerst unwahrscheinlich, dass die griechischen Zyperer einen Plan akzeptiert hätten, der die weitere Präsenz oder Mitwirkung der Türkei vorsieht. Die Sicherheits-

29 Vgl. Harry Tzimitras, opinion brief, in: *Arhika symperasmata apo tin apotyhia ton diapragmatefseon gia to Kypriako* [Erste Schlussfolgerungen nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Zypernfrage], Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (Eliamep) Series of Strategic Dialogues.

und Garantiefragen sind zwar auf jeden Fall wichtig, jedoch sind sie nicht die einzigen Fragen, die noch gelöst werden müssen. Offenbar ist es auch nicht gelungen, eine gemeinsame Position zu einer Reihe interner Aspekte der Zypernfrage (u.a. *Governance*, Territorium, Eigentum) zu finden. Zudem waren bis zum Schluss Argwohn und ein erheblicher Mangel an Vertrauen spürbar. In dieser Hinsicht ist man vielleicht zu keinem Zeitpunkt einer Lösung nahegekommen.³⁰

So wie die Dinge liegen, scheint das wahrscheinlichste Szenario die Fortsetzung der gegenwärtigen Situation zu sein, mit der Möglichkeit, dass die Verbindungen zwischen der Türkei und den türkischen Zypriern weiter gestärkt werden. Die Wahrscheinlichkeit einer sofortigen Teilung oder Annexion ist sicherlich gering, da derzeit niemand davon profitieren würde. Der Abbruch des Prozesses hat jedoch gezeigt, dass die Vorstellung von einer umfassenden Lösung, die auf dem Grundsatz beruht, dass es keine Einigung geben werde, wenn nicht in allen Punkten Einvernehmen herrscht, gescheitert ist. Mit einem solchen Ansatz gelingt es nicht, die in einigen Bereichen der Verhandlungen erzielten Fortschritte zu nutzen. Diese Erkenntnis und die große Kluft, die die beiden Volksgruppen voneinander trennt, machen deutlich, dass es notwendig ist, den gesamten Ansatz noch einmal zu überdenken und die bisherige Vorgehensweise zu ändern. Die Grundpfeiler eines neuen Ansatzes sollten Initiativen zur Überbrückung der Kluft zwischen der türkisch-zypriischen und der griechisch-zypriischen Volksgruppe auf der Graswurzelebene, der Aufbau von Vertrauen und eine stufenweise und kleinteilige Vorgehensweise sein.³¹

Seit der Teilung der Insel im Jahr 1974 gab es nur sehr wenige nennenswerte Kontakte zwischen den beiden Volksgruppen und es wurde auch nur wenig dafür getan, sicherzustellen, dass jede Seite die Empfindlichkeiten, Sorgen und Ängste der anderen versteht. Die beiden Volksgruppen haben sich zu weit voneinander entfernt, und diese Entwicklung hält weiterhin an. Die griechischen Zypriern wurden immer stärker hellenisiert und die türkischen Zypriern immer stärker türkisiert. Trotz der Beseitigung der physischen Kommunikationsbarrieren zwischen den beiden Volksgruppen Anfang der 2000er Jahre durch die Einrichtung von Grenzübergängen bleibt die Interaktion minimal und die Gräben vertiefen sich weiter. Sich gegenseitig ausschließende nationale Narrative und Bildungssysteme, die die Feindschaft kultivieren, perpetuieren das Misstrauen und führen zu einer schnelleren Dämonisierung des „Anderen“, einer verwässerten gemeinsamen Identität und somit zur Ungewissheit darüber, ob die Bevölkerung die Wiedervereinigung überhaupt will. Elementare Ängste, Sorgen, Bedenken und Wünsche jeder der beiden Volksgruppen (versinnbildlicht durch den Streit um das *Enosis*-Gesetz), treffen bei der jeweils anderen Volksgruppe auf nur sehr wenig Verständnis. Die Lösung der Zypernfrage hat daher für jede der beiden Seiten eine andere Bedeutung und wird anders definiert.

30 Vgl. ebenda.

31 Vgl. ebenda.

Alle hoffen nun darauf, dass die Verhandlungen wiederaufgenommen werden und endlich eine umfassende Lösung gefunden wird. Gleichwohl müssen die beiden Volksgruppen auf der Insel zusammenleben – unabhängig davon, ob eine Lösung für das Zypernproblem gefunden wird oder nicht. Es ist daher unerlässlich, Wege zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Volksgruppen zu finden und auch zu beschreiten. Das würde die Interaktion zwischen den griechischen und türkischen Zypriern verbessern und die Kluft, die sie voneinander trennt, verringern. Sollte es schließlich zu einer Lösung kommen, würde dies den Implementierungsprozess erheblich erleichtern und sicherstellen, dass eine Einigung nicht wieder als aufgezwungen wahrgenommen wird, sondern vielmehr als etwas, das auf der bestehenden Zusammenarbeit aufbaut. Sollte es unglücklicherweise nicht zu einer Lösung kommen, würde die verstärkte Interaktion den beiden Volksgruppen ein friedlicheres und gedeihlicheres Miteinander ermöglichen und das Wohlergehen beider Seiten erhöhen.³²

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass andere Wege, auf denen unabhängig von den Verhandlungen Fortschritte erzielt werden können, für den Aufbau von Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen dringend gefördert werden müssen. Einer dieser Wege ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, unter denen beide Seiten zum gegenseitigen Vorteil interagieren oder zusammenarbeiten können, um Probleme zu lösen, die das Leben der Menschen überall auf der Insel betreffen. Zu den Bereichen, die hierfür in Betracht kommen, gehören Umweltschutz, Katastrophenbewältigung und -management, Migration, Justiz und Strafrechtspflege sowie Bildung und Tourismus. Hierzu sollten konkrete Projekte durchgeführt werden, die darauf abzielen, geeignete Plattformen für die praktische Zusammenarbeit zu erkunden und Verbindungen zwischen den beiden Volksgruppen herzustellen.

Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu schaffen, ist ein allseits anerkanntes Instrument für den erfolgreichen Friedensaufbau, da dies dazu beiträgt, Interdependenzbeziehungen herzustellen, die über eine simple Interaktion hinausgehen. Die Interdependenzen können wirtschaftlicher, beruflicher oder auch politischer Art sein, denn die Tatsache, dass man sich auf andere verlassen muss und kann, kann vertrauensvolle Beziehungen fördern, die oft über die ursprüngliche Zusammenarbeit hinauswirken und wechselseitige Abhängigkeiten schaffen. Im Rahmen des internationalen Friedensaufbaus wurden verschiedene Instrumente entwickelt, die die Herstellung solcher Beziehungen in unterschiedlichen Bereichen fördern. Diese Instrumente könnten an die Situation in Zypern angepasst und in Bereichen wie Infrastruktur (Wasser, Strom, Meerwasserentsalzung usw.); Implementierung und Überarbeitung der Ver-

32 Vgl. Harry Tzimitras/Mete Hatay, The Need for Realism: Solving the Cyprus Problem through Linkage Politics, Brookings Institution, Turkey Project Policy Paper Nr. 9, Oktober 2016, unter: <https://www.brookings.edu/research/the-need-for-realism-solving-the-cyprus-problem-through-linkage-politics>.

ordnung über die Grüne Linie³³ zur Förderung des Handels; Umweltschutz, Klimawandel, Agrarpolitik, alternative Energieerzeugung und Ressourcenmanagement; Kontrolle illegaler Migration und der Flüchtlingssituation; Kriminalität; Kommunikation; Bildung; die Einrichtung eines Büros für Rechtsbeistand in der Pufferzone zur Beratung bei Rechtsfragen auf beiden Seiten sowie Kultur und Sport Anwendung finden.³⁴

Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit und die damit verbundene Dynamik zeigen, dass die Zypernfrage und die Aussichten für ihre Lösung wahrscheinlich nicht so bleiben werden, wie sie sind. Erstens sollten das Interesse, die kontinuierliche Beteiligung und das Engagement der internationalen Gemeinschaft nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Das gilt auch für die Vereinten Nationen, die vor noch nie dagewesenen Herausforderungen stehen. Zweitens haben sich die Rahmenbedingungen vor Ort spürbar verändert. Klar ist auch, dass der bisherige Ansatz und die Vorgehensweise erfolglos waren und konstruktiv, aber entschieden überarbeitet werden müssen. Das erfordert Pragmatismus, Führungsstärke, innovative Konzepte und ein Umdenken. Das wird keine leichte Aufgabe sein, aber so, wie man die Dinge seit einem halben Jahrhundert hat laufen lassen, scheint dies jetzt die einzige realistische Option zu sein.

33 Die Verordnung über die Grüne Linie, die 2004 zur Förderung des Handels zwischen griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen Geschäftsleuten erlassen wurde, legt die Bedingungen fest, unter denen Personen und Waren die Trennlinie überschreiten können. Ursprünglich war die Verordnung eine Möglichkeit für die EU, den gemeinschaftlichen Besitzstand (*Acquis communautaire*) im Norden der Insel auszusetzen und gleichzeitig zu versuchen, die negativen Folgen dieses Beschlusses für die türkischen Zypriern zu minimieren. Da der Norden von der Zollunion ausgeschlossen war, sollte die Verordnung über die Grüne Linie für die türkischen Zypriern eine Möglichkeit sein, mit griechisch-zyprischen Partnern zusammenzuarbeiten, um ihre Waren in die EU zu exportieren. Die Verordnung über die Grüne Linie war für die Entwicklung von für den Frieden wichtigen interdependenten Beziehungen zwar vielversprechend, jedoch haben etliche Hindernisse verhindert, dass sie dieses Versprechen auch einlösen konnte. Die Verordnung funktioniert nicht, und der Handel über die Grüne Linie hinweg ist seit 2008 tatsächlich stetig zurückgegangen. Vgl. u.a. Mete Hatay/Fiona Mullen/Julia Kalimeri, Intra-island trade in Cyprus: Obstacles, oppositions and psychological barriers, PRIO Cyprus Centre and British High Commission, PCC Report 2008, unter: <https://www.prio.org/Publications/Publication/?x=7287>; Omer Gokcekus/Jessica Henson/Dennis Nottebaum, Impediments to trade across the Green Line in Cyprus: Classic Barriers and Mistrust, in: Journal of Peace Research 6/2012. Der Text der Verordnung findet sich unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R0866R\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R0866R(01)&from=DE).

34 Vgl. Tzimitras/Hatay, a.a.O. (Anm. 32).